

GModG

BSW-Solar begrüßt Stärkung der Solarthermie

[19.05.2026] Das Bundeskabinett will Solarthermie im neuen Gebäudemodernisierungsgesetz stärken und den Einsatz von Solarkollektoren beim Heizungstausch erleichtern. Der Bundesverband Solarwirtschaft erwartet dadurch neue Impulse für den Wärmemarkt, kritisiert aber zugleich die geplante Deckelung des CO₂-Preises.

Das Bundeskabinett hat mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) neue Regeln für die Modernisierung von Heizungen beschlossen und dabei auch Solarthermie stärker berücksichtigt. Der [Bundesverband Solarwirtschaft \(BSW-Solar\)](#) begrüßt insbesondere, dass Solarkollektoren künftig leichter auf die Vorgaben des sogenannten Heizungsgesetzes angerechnet werden können.

Wie der Verband mitteilt, erhalten Eigentümerinnen und Eigentümer dadurch mehr Spielraum beim Austausch fossiler Heizsysteme. Die im Gesetz vorgesehene „Biotreppe“ soll nach dem Kabinettsbeschluss künftig auch durch Solarthermie erfüllt werden können. Nach Einschätzung des BSW-Solar stärkt das die Technologieoffenheit im Wärmesektor. Solarthermie-Anlagen müssten einen Vergleich ihrer Emissionsbilanz mit Bioenergie „keineswegs scheuen“, erklärt der Verband. Besonders sinnvoll sei die Kombination von Solarkollektoren mit Wärmepumpen oder bioenergetischen Heizsystemen.

Kritik übt der Verband dagegen an der Entscheidung des Koalitionsausschusses, den CO₂-Preis im Jahr 2027 auf einen Korridor von 55 bis 65 Euro je Tonne CO₂ zu begrenzen. Diese Spanne liege deutlich unter den tatsächlichen Klima-, Umwelt- und Gesundheitskosten fossiler Energieträger.

BSW-Solar-Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig warnt vor den Folgen für Investitionen in den Wärmesektor: „Eine soziale Abfederung notwendiger Klimaschutzmaßnahmen zugunsten einkommensschwacher Haushalte ist sinnvoll. Kurzfristige finanzielle Entlastungen dürfen jedoch nicht zulasten künftiger Generationen gehen.“ Das Ausbremsen der CO₂-Bepreisung schwäche ein zentrales Klimaschutzinstrument und gefährde verlässliche Rahmenbedingungen für die Modernisierung der Energieversorgung.

Für das weitere parlamentarische Verfahren fordert der Verband zudem Änderungen bei der Bewertung von Solarthermie-Anlagen. Künftig sollte nicht mehr die Fläche eines Kollektors entscheidend sein, sondern dessen tatsächlicher Wärmeertrag. Auch der Nachweis solarer Deckungsanteile müsse einfacher werden.

(th)

Stichwörter: Photovoltaik | Solarthermie, Politik, Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar), Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)